

Wie gross der Minderausstoss an CO₂ sein wird, bleibt unklar
Röstis Büezer gibt es nicht
SonntagsZeitung vom 6. 10. 2019

SVP-Präsident Albert Rösti behauptet, das neue CO₂-Gesetz koste eine einfache Familie 1500 Franken pro Jahr mehr als bis anhin, wogegen das Forschungsinstitut Infras für eine vergleichbare Familie auf nur 260 Franken kommt. Es wäre nicht das erste Mal, dass SVP-Exponenten Zahlen präsentierten, die sich im Nachhinein als falsch erwiesen. Deshalb glaube ich dem wissenschaftlichen Institut und frage mich, ob Herr Rösti trotz ETH-Studium im Rechnen nicht so sattelfest ist oder ob es sich bei seiner Darstellung um bewusst gestreute Fake News handelt.

Walter Stucki, Hünibach BE

Gleich drei Journalisten sind naiv oder wollen nicht wahrhaben, dass diese Studie lediglich das von den Auftraggebern gewünschte «Resultat» ergeben hat. Kein Wort zum Beispiel über die Kosten dieser Umverteilung. Die links-grüne Wählerschaft darf sich auf viele Staatsstellen freuen. Unzählige gut bezahlte Projektleiter, Experten und weitere «Fachpersonen» werden sich, zusammen mit viel Personal aus dem administrativen Bereich, am grossen Gebührentopf gütlich tun. Etwa die Hälfte des Geldes wird so versickern. Der Rest soll bei der Bevölkerung ankommen? Eher werden nach den Wahlen, wenn das Parlament nach links driften sollte, die Abgaben erhöht und bald einmal in undurchsichtige und kaum hinterfragte Projekte fließen.

Ursula Bigler, Lauperswil BE

Ich gratuliere Mischa Aebi und Denis von Burg zu diesem sauber recherchierten Artikel über die geplanten Klimaabgaben. Ich ärgere mich stets über Albert Röstis Falschaussagen, wenn die Klimakatastrophe angesprochen wird. Wir müssen Massnahmen ergreifen, um die Welt für die Nachfahren zu schützen.

Hans-Ulrich Wanzenried, Zürich

Hat die Presse noch nicht gemerkt, wohin der Weg mit dieser Klimadebatte führt? Da braucht man wirklich keine Studie. Der ganz normale Menschenverstand sagt mir, dass sich ja nicht nur die Heizung, das Autofahren oder das Fliegen verteuern werden. Nein, im Gegenteil, da wollen dann alle mehr, der Paketbote, der Krankenaufahrer, kurz gesagt, einfach alles wird teurer. Die Löhne und Renten stagnieren, und unser

Impressum

www.sonntagszeitung.ch
Herausgeberin: Tamedia AG, Zürich
Verleger: Pietro Supino

Redaktion

Chefredaktor: Arthur Rutishauser
Mitglied der Chefredaktion:
Armin Müller
Redaktionsleitung:
Andreas Kunz, Thomas Speich
Leitung der Tamedia Editorial Services:
Viviane Joyce

Publishing Services:

Dominic Geisseler (Leitung)
Nachrichten/Fokus: Andreas Kunz, Thomas Speich (Co-Leitung)
Textchef: Rico Bandle
Recherche-Desk (SonntagsZeitung, Le Matin Dimanche):
Thomas Knellwolf, Oliver Zihlmann (Co-Leitung)
Bundeshaus: Denis von Burg (Leitung)
Wirtschaft: Peter Burkhardt (Leitung)
Gesellschaft: Bettina Weber (Leitung)
Wissen: Nik Walter (Leitung)
Kultur: Guido Kalberer (Leitung)
Services: Giuseppe Wüest (Leitung), Christoph Ammann (Leitung Reisen), Dieter Liechti (Auto)
Produktion: Raphael Diethelm (Leitung)
Layout: Andrea Müller (Leitung Layout TES), Tobias Gaberthuel (Stv. Leitung, AD SonntagsZeitung)
Infografik: Jürg Candrian
Fotoredaktion: Olaf Hille (Leitung)

Korrektur: Rita Frommenwiler (Leitung)
Sportredaktion: Ueli Kägi (Sportchef)
Redaktion: 044 248 40 40

Verlag

SonntagsZeitung, Verlag, Werdstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 41 11,
Fax 044 248 42 72,
verlag@sonntagszeitung.ch
Leitung Verlag: Marcel Tappeiner
Tamedia Advertising: Philipp Mankowski (Chief Sales Officer), Adriano Valeri (Head of Advertising)
Anzeigen: SonntagsZeitung, Anzeigenadministration, Werdstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 40 11,
Fax 044 248 42 52,
anzeigen@sonntagszeitung.ch
Abo-Service:
Tamedia AG, Abo-Service
SonntagsZeitung, Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 404 64 40,
Fax 044 404 69 06,
abo-service@sonntagszeitung.ch
(Mo-Fr 8.00-12.00 und 13.15-17.00)
Abonnemente:
Einzelnummer Fr. 5.–
1 Jahr Fr. 224.– (52 Ausgaben)
Weitere Abo-Angebote auf
abo.sonntagszeitung.ch
Digital-Einzelnummer Fr. 3.–
Digital 1 Jahr Fr. 120.–
(52 Ausgaben)

Technische Herstellung
DZZ Druckzentrum, Zürich AG
Ombudsman der Tamedia
Ignaz Staub, Postfach 837, CH-6330 Cham 1,
ombudsman.tamedia@bluewin.ch

Neben den klassischen Formen von Werbung erscheinen in den Medien von Tamedia zwei Formen von Inhaltswerbung:
Paid Post: Im Zentrum steht in der Regel das Produkt oder die Dienstleistung des Werbekunden. Die Erscheinungsform hebt sich vom Layout des Trägertitels ab. Diese Werbemittel sind mit «Paid Post» gekennzeichnet.
Sponsored: Der Inhalt orientiert sich in der Regel an einem Thema, das in einer Beziehung zum Produkt oder zur Dienstleistung des Werbekunden steht und journalistisch aufbereitet wird. Dieses sogenannte Native Advertising ist mit dem Layout des Trägertitels identisch und wird mit «Sponsored» gekennzeichnet.
Beide Werbeformen werden vom Team Commercial Publishing hergestellt. Die Mitarbeit von Mitgliedern der Tamedia-Redaktionen ist ausgeschlossen. Weitere Sonderwerbeformen oder Formen der Zusammenarbeit mit Kunden, etwa im Bereich Reisen oder Auto, werden gesondert ausgewiesen.

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Tamedia AG i.S.v. Art. 322 StGB: Actua Immobilien SA, Adagent

tenden Minderausstoss an CO₂ und schon gar nicht, wie gross dieser sein müsste, damit das Ziel (Einhalten des Klimaabkommens von Paris) auch erreicht wird. Es muss leider davon ausgegangen werden, dass es zu gar keiner Reduktion kommen wird und nur alle mit mehr oder weniger hohen Zusatzkosten belastet werden. Dass die vorgesehenen Massnahmen zusätzlich zu einem massiven Ausbau beim Staatspersonal führen werden, sei nur am Rande erwähnt.

Michael Geissbühler, Herrenschwanden BE

Solche Imame müssten ausgewiesen werden

«Meidet sie im Ehebett und schlagt sie!»

SonntagsZeitung vom 6. 10. 2019

Wenn ich den Artikel über den Imam aus Kriens lese, dann kommt mir echt die Galle hoch. Es kann doch nicht sein, dass ein Geistlicher, egal welcher Religion, zu Hass und Gewalt aufruft. In welchem Jahrhundert leben wir denn? Dabei bleibt es aber nicht, es wäre noch besser, wenn die Scharia als allgemein verbindlich erklärt würde! Hier haben wir eine echte Lücke in den Gesetzen der westlich demokratischen Rechtsstaaten. Aber wir schauen einfach weg, wie wenn es uns nichts angehen würde. Beim nächsten Terroranschlag oder Mordfall wird dann gejammert. Die Folge davon ist, dass die Rechtsextremen auf diesen Zug aufsteigen und Begeisterung auslösen können, als ob wir die Bildung im Kindergarten abgelegt hätten. Bruno Ritter, Dornach SO

Danke, Herr Pelda, für Ihren kritischen Artikel über den Imam der Krienser Moschee, offensichtlich ein religiöser Fundamentalist, der das ihm (allzu gutgläubig gewährte) Gastrecht in der Schweiz schamlos missbraucht. Unter den zahlreichen Glaubensfanatikern, die ausser ihrer eigenen Religion keine anderen Glaubenssysteme gelten lassen wollten, hat die Welt in den vergangenen 2000 Jahren nun wahrhaftig schon mehr als genug gelitten. Es reicht! Männer wie dieser Imam, die im 21. Jahrhundert ein «Rechts»-System wie die Scharia verteidigen und am liebsten alle «Ungläubigen» ausrotten würden, haben bei uns nichts zu suchen –

sie sollen aus der Schweiz ausgewiesen werden. Prediger (egal, welcher Religion oder Sekte sie angehören), die zu Intoleranz, Hass sowie zur Entrechtung und Missbehandlung von Frauen und Kindern aufrufen, sollten wir nicht länger dulden. Solche Leute verursachen nur Leid und zerstören die geistige Freiheit und Würde der Menschen. Ruth Bosshard, Gais AR

Wie blöd sind wir Schweizer eigentlich, solche Elemente in unserem Land durchzufüttern? Das einzig Richtige wäre: Ausweisung aus der Schweiz, leider zulasten von Frau und Kindern. Zum Glück gibt es viel mehr Leute, die den Islam bei uns in gemässiger Form praktizieren und sich gut integriert haben. Hoffen wir, dass es immer besser wird, wir sind ja im Endeffekt alles Menschen.

Hanspeter Schmutz, Basel

Wie lange will die Schweiz noch tolerieren, dass Imame in gewissen Moscheen das Schlagen von Frauen bei Ungehorsam befürworten und generell gegen uns sogenannte Ungläubige hetzen und betonen dürfen, dass die Scharia auch für die Schweiz die richtige Form wäre? Solche Imame müssten ausgewiesen und nicht noch unterstützt werden.

Renata Rechsteiner, Aillschwil BL

Die Recherche von Islam-Experte Kurt Pelda über den Imam von Kriens und seine menschenverachtenden Predigten ist hervorragend. Dieser Prediger missbraucht nicht nur unser Asylrecht. Er reist auch in den Irak zurück, wo er angeblich an Leib und Leben bedroht ist. Das Christentum wird weltweit bedroht und verfolgt. Wenn in der

Schweiz islamistische Kreise zum Jihad und dazu aufrufen, Frauen zu schlagen, so muss unser Rechtsstaat in aller Konsequenz Härte zeigen. Imam Abdulrahman O. aus Kriens hat sein Aufenthaltsrecht in der Schweiz verwirkt und muss ohne weitere Rechtsverfahren ausgeschafft werden. Es gilt, ein Zeichen zu setzen für den Rechtsstaat Schweiz.

Roger E. Schärer, Trin Mulin GR

Gelten die Freiheiten nicht für alle gleichermassen?
FDP-Chefin beschwerte sich bei SRG-Chef
SonntagsZeitung vom 6. 10. 2019

Die Freiheiten, für die die Freisinnigen sich einsetzen, gelten wohl nur für die Firmen, die unsere schöne Schweizer Natur zerstören, nicht aber für die Menschen, die sich dagegen wehren.

Lukas Mathis, Sursee LU

Wer weiss, vielleicht gelingt es Michael Elsenner doch einmal, die Sa-Türe zu öffnen.

Bruno Mazzotti, Riehen BL

Martin Suter verunglimpft eine Bevölkerungsgruppe
«Ich würde eine Anti-rechts-Partei gründen, wenn ich jung wäre»
SonntagsZeitung vom 6. 10. 2019

Martin Suter ist ein Mann von Welt. Er ist gebildet, erfolgreich, berühmt und wohlhabend. Und doch, für mich hat er ein Defizit: Er kann nicht differenzieren. Er verunglimpft eine grosse Bevölkerungsgruppe in unserem Land, indem er pauschal alle, die SVP wählen, bezichtigt, primitive Plakate auf dem Rücken zu tragen. Das greift zu kurz. Glaubt der intelligente Martin Suter tatsächlich, alle, die SVP wählen (2015 immerhin 29,4 Prozent), würden unisono die Plakate der SVP goutieren?

Markus Schlatter, Hemmental SH

Korrigendum

«Wo am meisten Bürger falsch wählen»
SonntagsZeitung vom 6. 10. 2019

Im Artikel «Wo am meisten Bürger falsch wählen» vom letzten Sonntag berichteten wir unter anderem über die Gemeinde Schelten. Dabei haben wir die kleine Ortschaft mit ihren aktuell 37 Einwohnern dem Kanton Jura zugeschlagen. Das ist falsch. Schelten ist die nördlichste Gemeinde des Kantons Bern. Wir bitten die Verwechslung zu entschuldigen.

Schreiben Sie uns

Leserbriefe werden nur mit vollständiger Absenderadresse (auch via E-Mail) akzeptiert. Bitte an folgende Adressen: SonntagsZeitung, Lesersseite, Postfach, 8021 Zürich (Fax 044 248 47 48) oder lesersseite@sonntagszeitung.ch. Aus Platzgründen erlauben wir uns, eingehende Leserbriefe online zu veröffentlichen. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz darüber wird keine geführt. Redaktionsschluss ist jeweils am Mittwoch, 12 Uhr. Leserbriefe müssen sich auf Artikel beziehen. Folgen Sie uns:



facebook.com/sonntagszeitung
instagram.com/sonntagszeitung
twitter.com/sonntagszeitung



«Ich ärgere mich stets über Albert Röstis Falschaussagen, wenn die Klimakatastrophe angesprochen wird. Wir müssen Massnahmen ergreifen, um die Welt für die Nachfahren zu schützen»

Hans-Ulrich Wanzenried, Zürich